

Solidarität

unsere Chance

Nummer 125

Oktober 2015

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Nach den Wahlen in Oberösterreich und vor den Wahlen in Wien:

NEIN zu Blau-Braun!

NEIN zu Rot-Blau!

Voves oder Niessl sind nicht der Weg!

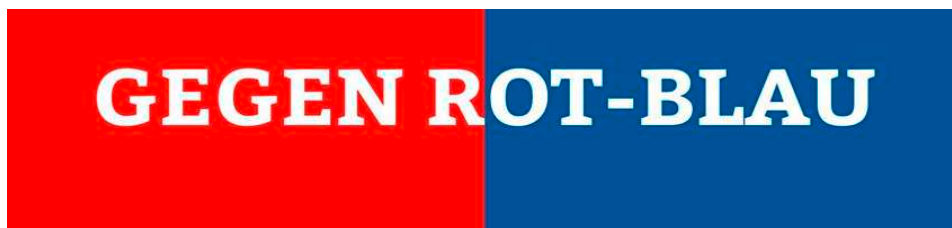
**Häupls NEIN zu Niessl ist ein klares Zeichen!
Taten müssen folgen!**

**Überlassen wir nicht die Partei den FunktionärInnen, die mit
Blau-Braun genauso können wie mit Schwarz!**

Sozialpartnerschaft hilft nur den Unternehmern!

**Ausbau von Sozialstaat und Demokratie statt Sozialabbau,
Unterdrückung und Krieg!**

**Die arbeitenden Menschen müssen wieder
das Sagen haben in Partei, Wirtschaft und
Gesellschaft!**



**Solidarität ist unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Den Text auf Seite 1 und die folgenden Zeilen haben wir als Flugblatt zum Wahlauftakt der SPÖ-Wien verteilt:

Es liegt an uns, die Gefahr abzuwenden, dass es zur völligen Zerstörung der SPÖ von innen und von außen kommt. Der Großteil der SP-Parteispitze hat die letzten politischen und sozialen Kernwerte über Bord geworfen und getraut sich nicht mehr um soziale Werte und Absicherung der arbeitenden

Menschen zu kämpfen. Sie glauben und hoffen (bis zur Selbstaufgabe – siehe Voves in der Steiermark) auf das Einlenken der Wirtschaft und auf das Entgegenkommen der ÖVP oder suchen Kompromisse mit den offenen Arbeiterfeinden, der FP, nur um selbst an der Macht bleiben zu können.

Doch: „**Macht bringt nichts, wenn sie keine sozialdemokratischen Inhalte umsetzen kann.**“ (Julia Herr, SJ)

Diese Politik nützt den Rechten und Faschisten insgesamt, den Rechten in Wirtschaft, ÖVP und insbesondere der rechts-rechten FP.



(Nebenstehendes stammt aus der Rede von Daniela Holzinger, oö. NR-Abg., Bezirksmaifeier der SPÖ-Vöcklabruck in Pfaffing, 1.5.15)

Drei Pfeile – ein Kompass

„Der Dreipfeil beinhaltet all das, woran sich SozialdemokratInnen orientieren müssen um gute Politik machen zu können:

„Die Pfeile stehen für den Kampf gegen Reaktionismus, Kapitalismus und Faschismus. Und der Ring für die Vereinigung der industriellen, geistigen und landwirtschaftlichen ArbeiterInnen.

Denn nur gemeinsam wird es möglich sein, die Angriffe der Gegner des sozialen Fortschritts, der neoliberalen Wirtschaftsfanatiker, die auf Arbeitsrechte pfeifen und der Faschisten, die noch immer im Windschatten des Sozialabbaus angekrochen kamen, abzuwehren und positive Alternativen aufzuzeigen und umzusetzen“.

Eine ausführliche Analyse zum Rechtsruck insgesamt, auch in der SPÖ, gibt es in unserer letzten Ausgabe der „Solidarität – unsere Chance“ Nr. 124. Diese Ausgabe kann bei uns nachbestellt bzw. herunter geladen werden unter: <http://prosv.akis.at>.

Kommentar

Systemfehler

Durch die Flüchtlingsdramatik der letzten Monate wurden scheinbar die sozialen Fragen, die alle Menschen im Land beschäftigen und betreffen, die steigende Arbeitslosigkeit, die hohen Wohnungskosten usw. überdeckt (siehe dazu eigenen Artikel in dieser Ausgabe).

Während BK Faymann von „Anständigkeit“ spricht, greifen die Unternehmer ganz unanständig und offen die arbeitenden Menschen an, wollen keine KV-Verhandlungen und suchen sich billige und willige, v.a. ausländische Arbeitskräfte als Lohndrücker aus.

Keiner weist die Unternehmer in die Schranken, nicht die angeblich SP-geführte Regierung, schon gar nicht der FP-Strache.

Während schnell Gesetze und Geld für noch mehr Überwachung, Heer und Polizei beschlossen

werden, gibt es keine Gesetze gegen Lohndumping oder Kündigungs-willkür der Unternehmer, bloß läppische „Strafzahlungen“, die ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Das alles spielt den Blau-Braunen in die Hände.



Von der hohen Politik gibt es keine Entlastung, keinen Schutz für die arbeitenden Menschen. Die haben alle ihren Frieden mit den Kapitalisten gemacht. Nicht die Ausbeutung, nicht die Profitwirtschaft wird angegriffen, sondern die Masse der Bevölkerung soll die Profitkrise ausbaden.

Daher: Wir, die Arbeitenden,

Arbeitslos gemachten, Studierenden, Lehrlinge, PensionistInnen, unentgeltlich Arbeit leistenden, alle die zu Draufzahlern in diesem System gemacht werden, müssen zusammenfinden und zur solidarischen Selbsthilfe greifen:

Gemeinsam mit allen in Gewerkschaft und SPÖ, die dazu bereit sind und gegen all jene, die dies von außerhalb, aber auch innerhalb von Partei und Gewerkschaft blockieren oder bekämpfen wollen.

Wenn uns das nicht gelingt versuchen sich – wie schon jetzt die Rechten á la Strache in der Steiermark, im Burgenland oder in Oberösterreich – „heimatsozial“ zu geben, sich als „Rächer der Entrechteten“ aufzuspielen.

HC & Co wollen die berechtigzte Wut und Sorge der Menschen gegen noch Schwächere lenken und lassen die Kapitalisten ungeschoren.

Für Verbesserungen, für eine bessere soziale Lage müssen wir selbstständig und gemeinsam kämpfen. Das nimmt uns keiner ab, schon gar nicht der HC oder andere Rechte.

Herstlohnrunde 2015

Unternehmer verweigern die Aufnahme von KV-Verhandlungen. Das ist der nächste Angriff der Unternehmer auf Arbeiter und Angestellte.

Vor einigen Jahren wurde der gemeinsame KV der Metallindustrie von Seiten der Unternehmer angekündigt. Ein erster Angriff auf den KV, weil dadurch die Stärke der Gewerkschaften bei der Durchsetzung der Lohn- und Gehaltserhöhungen geschwächt wurde.

Jetzt wird unter dem faden-scheinigen Vorwand, dass man keinen KV abschließen könne, solange man nicht wisse, was die Regierung in ihrem „Arbeitsmarktplänen“ (Arbeitslosigkeit, Flexibilisierung usw.) vor habe, die Aufnahme von KV-Verhandlungen vom Fachverband Maschinen- und Metallwaren-industrie (FMMI) verweigert.

Die Unternehmerseite will die Gewerkschaft dazu nötigen, auf die Regierung im Sinne der Unternehmerinteressen Druck auszuüben.

UNFASSBAR!

**Arbeitgeber verweigern
Lohn- & Gehaltserhöhungen
bis Bundesregierung
Unternehmerforderungen erfüllt.**

MIT UNS NICHT!

PRO-GE **GPA-djp**
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT
© PRO-GE/GPA-djp

Auf einer BetriebsrätInnen-konferenz am 29. September mit rund 2.000 TeilnehmerInnen wurde dieses Ansinnen, diese Vorgangsweise von den Belegschaftsvertretungen und ihren Gewerkschaften (PRO-GE und GPA-djp) entschieden abgelehnt. Viele der TeilnehmerInnen der Konferenz wollten Protestmaßnahmen sehen bis hin zum Streik.

Die Gewerkschaftsspitzen wollen am 7. Oktober die Beschäftigten im Rahmen von Betriebsversammlungen in allen Fachverbänden des Metallbereiches über die aktuelle Entwicklung informieren und sich auf weitere Maßnahmen vorbereiten. appellierten an die Wirtschaftskammer sich von der Vorgangsweise der FMMI zu distanzieren und hoffen auf die „Sozialpartnerschaft“.



© PRO-GE

Schon der frühere ÖGB-Präsident Anton Benya hatte einmal bemerkt, dass es sich in Wirklichkeit bestenfalls um eine „Wirtschaftspartnerschaft“ handelt. Im Klartext also: die Wirtschaft holt sich in ihrem Interesse die „Partner“, die sie braucht. „Sozial“ war und ist daran gar nichts. Das zeigt sich immer deutlicher und jetzt eben bei der jüngsten Vorgangsweise der Unternehmerseite: KV aushebeln.

Unfassbar scheint das nur auf den ersten Blick. Als Gewerkschafter und Betriebsräte müssen wir wissen, dass die Unternehmerseite jede sich nur bietende Gelegenheit nutzen wird, die Arbeiter und Angestellten unter Druck zu setzen, die Löhne, Gehälter zu drücken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern – mit oder ohne Regierung. Das müssen wir wissen, einkalkulieren und dementsprechend massiv dagegen auftreten. JA zu aktiven Arbeitskampf bis hin zum Streik.

Nicht die Unternehmer halten die Wirtschaft in Gang, sondern die Millionen von Beschäftigten in der Wirtschaft – sie geben ihre Arbeit, die die Unternehmer nehmen. Die Beschäftigten sehen von den Werten, die sie schaffen, nur einen Bruchteil. Der Rest wandert in die Kassen der Unternehmer, in die Taschen der Bosse und Manager.

Mit dem von uns erwirtschaftetem Gewinn werden sie noch reicher, zahlen kaum Steuern und „investieren“, „legen an“, d.h. spekulieren auf Teufel komm heraus auf unsere Kosten und zu unserem Schaden wie die vielen Pleiten oder Staatshilfen für Banken und Versicherungen zeigen.

**Daher: Schluss damit!
MIT UNS NICHT!**

KURZES

Mindestsicherung – hoch?

828,- Euro macht sie aus. Zudem muss man wissen, dass laut Sozialministerium die 260.000 BezieherInnen durchschnittlich gar nur 300,- Euro im Monat (12 x) erhalten. Kann man davon leben? Die Damen und Herren in Wirtschaft und Politik, die die Reduzierung der Mindestsicherung verlangen, beziehen ein Vielfaches davon, nämlich mindestens das 20- bis 70-fache! Das sind die Sozialschmarotzer!

Klassenmedizin

Gesundheitsreform? Die Kassenärzten werden verringert, die Wahlärzten werden in allen medizinischen Bereichen drastisch mehr. So gibt es in Wien trotz wachsender Bevölkerung derzeit schon rund 130 Kassenstellen weniger, während die Zahl der Wahlärzte in die Höhe schnellt. Es gibt bereits 891 Wahlfachärzte, das sind nur unwesentlich weniger als die 918 Fachärzte mit einem WGKK-Vertrag. Bei den AllgemeinmedizinerInnen stehen 736 Kassenärzten schon 423 hauptberufliche Wahlärzte gegenüber. Wer es sich leisten kann, geht zum Wahlarzt, wer nicht muss warten und/oder leiden.

**Veranstaltung:
Gesundheit für alle
statt Klassenmedizin
19. Nov. 2015, 18.30 Uhr**

**Rathaus Korneuburg,
großer Sitzungssaal**

**„Thesen zur herrschenden
Gesundheitspolitik“ / Dr. Werner Vogt**

**„Sozialversicherung in Österreich“
Dr. Wilfried Leisch**

**„Gesundheit und soziale Gleichheit“
Mag. Andreas Exner**

Moderation: Dr. Peter Resetarits

Veranstalter: Gesunde Gemeinde, NÖGKK

Flüchtlingswelle - die Folge der Kriege des Westens

Die Flüchtlingswelle, die in den letzten Monaten auch Österreich erreichte und einen schrecklichen Tiefpunkt mit den 71 toten Flüchtlingen im Lkw in Parndorf fand, hat bei vielen Menschen in Österreich eine große Betroffenheit hervorgerufen.

10.000e Österreicher beweisen bis heute ihre konkrete Hilfsbereitschaft und Unterstützung für die Flüchtlinge: durch die Aufnahme von Flüchtlingen in vielen Gemeinden in Österreich, durch Hilfe für die Menschen in Traiskirchen und auch an den Bahnhöfen in Österreich und an den Grenzen.

Trotz aller Hetze und Gräuelpropaganda bzw. Angstmacherei zeigte sich durch ganz Österreich eine Welle der Solidarität!

Gleichzeitig gehen die Streitereien der Parteien um Zelte, Quartiere, Quoten und u.a. auch um das Lager Traiskirchen weiter. Es war und ist überfüllt, die Menschen leben z.T. unter schlechten Bedingungen. Im Auftrag der Innenministerin führt die private Sicherheitsfirma ORS. bzw. als deren Subunternehmen die Siwacht, das Lager. Die Firma ORS bekommt, soweit wir wissen, pro Flüchtling bezahlt, sie ist also an einer möglichst großen Zahl von Flüchtlingen interessiert und nicht primär an deren Wohlergehen.

Doch das Sagen in Bezug auf Traiskirchen hat Innenministerin Mikl-Leitner. Sie erweckte längste Zeit den Eindruck, dass sie sowohl den Österreichern als auch den Flüchtlingen im Ausland anhand von Traiskirchen zeigen will, dass wir von Flüchtlingen überlaufen werden, was jetzt erst der Fall ist, und das dies die öffentliche Ordnung störe bzw. bedrohe. Die Botschaft war und ist: Die Flüchtlinge sind bei uns nicht willkommen, sie mögen am besten gar nicht kommen oder gleich weiterziehen.

Kriegstreiber und Flüchtlinge

Während die Kriegstreiber Milliarden für Rüstung ausgeben, allein

die USA geben jährlich 1.000 Milliarden Dollar für Rüstung aus, erhält die UNO von den Staaten, die Krieg führen, weniger Geld für die Flüchtlingshilfe. Hauptschuldner ist die USA mit ca. 1,1 Milliarden Dollar. Schon 2013 ist es bei der UNO vor allem auf Druck der USA und mehrerer EU-Staaten zu einer starken Kürzung des Budgets und zum Stellenabbau gekommen.

Heuer hat die UNO nur ca. zwei der benötigten ca. 4,5 Milliarden Euro zur Versorgung der ca. 4,4 Millionen Flüchtlinge in der Türkei, Jordanien, Libanon, Irak zur Verfügung. Deshalb hat die UNO z.B. die Gelder für Lebensmittel für die Lager von 100.000en Menschen in Jordanien, die auf ein Ende des Krieges in Syrien hoffen und zurückkehren wollen, gekürzt. Erst das hat die Menschen zur weiteren Flucht – z.B. in Richtung Europa – veranlasst.

Für die Bekämpfung der Flüchtlingsströme in Form von hunderte Kilometer langen, vier Meter hohen Zäunen (z.B. Ungarn), noch mehr Polizei- und „Sicherheitsüberwachung“ sowie durch direkt militärische Mittel wie z.B. Panzer gegen Flüchtlinge in Bulgarien oder Kriegsschiffe der „internationalen Gemeinschaft“ vor Libyens Küste usw., werden Milliarden Euro, ausgegeben. Allein der Aufbau des Zaunes in Ungarn kostet soviel wie die Versorgung der Flüchtlinge in jordanischen Lagern bis Jahresende.

Deutschland mit an vorderster Front

Für die EU- Staaten, Deutschland, Frankreich, Italien ist vor allem auch die starke Präsenz im Mittelmeer mit ihrer Marine wichtig und zwar nicht nur zum Jagen von Schlepperbooten.

Die Marinemissionen dienen der EU, vor allem Deutschland, auch zur Machtausweitung mit militärischer Präsenz in diesem Raum. Die EU ist wirtschaftlich schon die stärkste Macht der Welt. Deutschland, die führende EU-

Macht, kooperiert und steht in Konkurrenz mit den USA, nicht nur wirtschaftlich sondern zunehmend auch militärisch.

Afrika z.B. ist ein weiteres wichtiges Ziel der deutschen Konzerne, sagte u.a. der Chef des Bundes der deutschen Industrie (BDI). Das deutsche Militär ist z.B. in Mali und Somalia aktiv.

In einem Strategiepapier des EU-Instituts für Sicherheitsstudien heißt es schon 2010:

„Die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie.“ Die wichtigste Aufgabe sei es, *„die transnationalen funktionellen Ströme und deren Knotenpunkte“* sicherzustellen: also vor allem die Waren-, Kapital- und Rohstoffströme. Das erfordere *„globale militärische Überwachungs Kapazitäten und die Fähigkeit zur Machtprojektion“*.

Die Angstmacherei in ganz Europa vor den Flüchtlingen dient auch zur Legitimierung des Ausbaus des Militärapparates bzw. zur Ausweitung der EU-Kriegspläne.

Österreich mit dabei

Entgegen unserer Neutralität, soll Österreich beim Kriegführen auch mitmachen, so der Wille der Herrschenden bzw. aller Parteien.

Außenminister Kurz fordert österreichische Soldaten für eine von der Türkei in Syrien geplante Schutzzone für syrische Flüchtlinge. Wer das umsetzen will, muss bereit sein für einen Kriegseinsatz, denn dort herrscht Krieg mit dem IS, Rebellen und Assads Armee. Diese „Mission“ ist mit Österreichs Neutralität völlig unvereinbar.

Auch Verteidigungsminister Klug forderte schon österreichische Soldaten für eine „Militärmission“ in Mali. Im Mali hat Frankreich

2013 militärisch interveniert, die Region ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil: da wird Krieg geführt! In Mali gibt es eine UN-Kriegs-Mission, Minusma, die bisher gefährlichste Militäraktion mit 9.000 Soldaten, dabei wurden schon 56 UN-Soldaten getötet. Da hat das neutrale Österreich ebenfalls nichts verloren!

Die Ursachen der Flüchtlingswelle

Als Ursache der Flüchtlingswelle wird uns praktisch nur die IS vorgegeben, auch Bundespräsident Fischer äußert sich dahingehend. Nicht erwähnt wird:

Es waren und sind die Kriege, die vorwiegend die USA in Afghanistan und Irak führten und führen und die sie gemeinsam mit der EU, mit den Westmächten, Frankreich, England und auch Deutschland in Libyen und Syrien führen und finanzieren, die Millionen Menschen in die Flucht getrieben haben und treiben. Diese Kriege um Einflussphären, Rohstoffquellen zerstörten ganze Regionen, ja ganze Staaten und hinterlassen hunderttausende Tote und Verletzte und Millionen von Flüchtlingen, die vorwiegend innerhalb der Staaten und in die angrenzenden Regionen bzw. Staaten fliehen. Die Vertreibung von ganzen Völkern verursacht unsägliches Leid und Elend.

Diese Kriege werden unter dem Vorwand für „Demokratie“, „Menschenrechte“, die „westliche Wertegemeinschaft“, für die „Freiheit“ geführt. Als Folge der Kriege der USA im Irak gibt es im Land selbst heute ca. 3,6 Millionen Flüchtlinge, weitere 2 Millionen flüchteten ins Ausland, vor allem nach Syrien. In Syrien sind über 50% der Bevölkerung, das sind ca. 12 Millionen Menschen, auf der Flucht. Von den insgesamt ca. 60 Millionen Flüchtlingen weltweit sind 40 Millionen Binnenflüchtlinge, d.h. sie bleiben im eigenen Land. Von den 20 Millionen weiteren gehen 86 % in die Anrainerstaaten, das sind ca. 17,5 Millionen.

Flüchtlinge: Türkei 2 Millionen, Libanon 1,5 Millionen, Jordanien 650.000, Irak ca. 250.000, Pakistan 1,5 Millionen, Iran 1 Million, Äthiopien ca. 1 Million, usw. Von den verbleibenden ca. 2,5 Millionen Flüchtlingen könnten 2015 u. U. bis zu 1 Million Flüchtlinge nach Europa kommen. Die EU hat über 500 Millionen Einwohner, das wären dann bei 1 Million Flüchtlingen 0,2%. Im Übrigen gibt es durch den von den USA mit Hilfe der EU geführten Staatsstreich in der Ukraine 2 Millionen Binnenflüchtlinge und 2 Millionen Ukrainer, die nach Russland geflohen sind.



Wenn Bundespräsident Fischer es ernst meint, wenn er sagt, dass die Ursachen der Flüchtlingsströme beseitigt gehören, dann muss die Kriegspolitik von USA, EU, Deutschland, Frankreich usw. vehement angeprangert, verurteilt werden. Auch Österreich darf dabei in keiner Weise, weder bei der Propaganda, noch mit finanziellen oder militärischen Mitteln, mitmachen! Doch das Gegenteil passiert:

Flüchtlinge als Sündenböcke

Das von den Kriegstreibern verursachte Flüchtlingselend und die Flüchtlingsströme werden auf höchster internationaler Ebene bis nach Österreich zu einer miesen Politik der Menschenhatz, zur Angstmacherei und Einschüchterung der Menschen in Europa verwendet. Im Interesse der Konzern- und Machteliten richtet sich die Propaganda letztlich auch gegen die arbeitenden Menschen überhaupt. Auf Verlangen der (Profit-)Wirtschaft wurden schon seit Jahrzehnten ausländische

Arbeitskräfte nach Österreich geholt und die Zuwanderung gefördert. Das waren und sind billige Arbeitskräfte bei uns, die die Unternehmer schon immer zum Lohndrücken verwendet haben. Und heute sollen die hereinströmenden Flüchtlinge ebenfalls als Lohndrucker missbraucht werden. Sie sollen als Ablenkung und Ursache für die ganze Belastungspolitik herhalten, die heute auf dem Rücken der Werktätigen in ganz Europa niedergeht. Inländer sollen gegen die Ausländer, Christen gegen Muslime usw., also die Menschen gegeneinander aufgebracht, ent-solidarisiert und Mitmenschen zum Feind erklärt werden. Die Menschen sollen reif gemacht werden, noch mehr Ausplünderung hinzunehmen. Die Herrschenden missbrauchen so das Flüchtlingsleid für ihre Zwecke.

Das ist eine menschenverachtende, rechte Politik der Regierungen im Interesse der Großkonzerne, Banken und Versicherungen und dient direkt einer noch offeneren rechten Politik wie sie vor allem die FP, im Namen von Heimatschutz, vertritt, einer Politik, die die Oberen schützt und die Unteren belastet. Jetzt heißt es wieder, die Ausländer sind Schuld, dass es uns schlechter geht, Wohnungen teuer, Arbeitsplätze zu anständigen Bedingungen Mangelware sind. Schuld, so heißt es aber auch, sind die Arbeitslosen und Mindestsicherungsbezieher, die angeblich alle nicht arbeiten wollen, obwohl es nur für 10% der Arbeitssuchenden offene Stellen gibt, oder die Pensionisten, weil sie schon im Ruhestand sind und angeblich zu viel Pension bekommen. Industrie und Wirtschaft wollen keine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, sondern dass wir noch mehr und länger für weniger Lohn arbeiten.

Vertreter von Regierung und Industrie in Deutschland und Österreich sagen neuerdings, dass sie vor allem besser ausgebildete Flüchtlinge – das ist vorwiegend ein Teil der syrischen Flüchtlinge –

aufnehmen wollen, weil sie die „Wirtschaft“ braucht. Die syrischen Flüchtlinge werden wohl als Lohn-drücker für schlecht ausgebildeten Arbeitskräfte benutzt.

Deutschland, Deutschland ...

... lassen Medienberichte Flüchtlinge rufen. Jahrelang haben Polit- und Wirtschaftseliten gegen Asylanten gehetzt („Das Boot ist voll“). Jetzt, nach der riesigen Solidaritätswelle der Menschen für die Flüchtlinge, jetzt auf einmal entdeckte Wirtschaft und Politik kurzfristig ihr „Herz für Flüchtlinge“, stellt sich v.a. Deutschlands Merkel als „Retterin Europas“ dar. Glaubt man den Medien, gehört Deutschland nun endlich zu den „Guten“.

Dieses Image des „Guten“ soll u.a. zudecken, dass gleichzeitig Deutschlands Niedriglohnpolitik weite Teile Südeuropas de-industrialisiert und eine Sparpolitik aufgedrückt hat, die Sozialsysteme zerstört und Millionen Bürger in die Armut gestürzt hat. Es soll weiters davon ablenken, dass allen voran deutsche Banken und Konzerne den Ruin Griechenlands betreiben, dass sich auch Deutschland am Krieg in Afghanistan beteiligt, dass es Waffen an Saudi-Arabien liefert oder nun mit Kriegsschiffen im Mittelmeer präsent ist. Deutschland hat 2015 im ersten Halbjahr schon für 6,5 Milliarden Euro Waffen exportiert, das ist ein absoluter Rüstungsexportrekord, schon 2 ½ Mal mehr als im Vorjahr.

Kriegsvorbereitungen

Es geht um Kriegsvorbereitungen und Krieg um Einfluss-sphären, Rohstoffquellen, geopoliti-schen Einfluss der USA und ihrer Konkurrenten in der EU. Die USA bereiten den Krieg gegen Russland und China vor, gegen Russland rüsten sie die Ukraine auf und schufen einen permanenten Kriegs-herd. Bis 2019 will das Pentagon nun 40 amerikanische Lang-streckenraketen mit neuen Atom-sprengköpfen in Deutschland installieren, diese sind direkt gegen Russland gerichtet.

Ein unverdächtig Zeitzeuge, der frühere stv. US-Finanzminister Paul Craig Roberts, schrieb dazu im August 2014:

„Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr‘ zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die Europäer als Truppen-aufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden.“

Es gibt nur gute Gründe, dass Österreich, wie es auch an die 90% der österreichischen Bevölkerung will, die Neutralität beibehält.

Herz oder Hirn?

Es geht nicht nur darum, wie viele Flüchtlinge die EU von den zu erwartenden 1 Million Flüchtlingen (= 0,2% der 500 Millionen Ein-wohnern) aufnehmen will, es ginge auch darum, unter welchen Bedin-gungen! Damit meinen wir: Die Wirtschaft, die primär von den Flüchtlingen profitiert, soll auch die Kosten tragen. Eine 1%-ige Beste-uerung der Finanztransaktionen in der EU würde mindestens 7.000 Milliarden Euro bringen! Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Doch es passiert, wie fast immer, das Gegenteil. Jetzt werden die Kosten und Belastungen von den Herrschenden wieder auf die Masse der Bevölkerung, auf die, die wenig haben, abgewälzt. Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten, die hinter einer sozialen Maske, ebenso wie die anderen Parteien auch, die Politik für die Unternehmer machen.

Es geht eben nicht primär um „Herz“(Flüchtlinge aufnehmen) oder „Hirn“ bzw. „Härte“ (Grenzen dicht machen) wie die Medien jetzt anlässlich der Wahlen behaupten!

Es geht darum: Wir sind alle Opfer dieser (Profit)Wirtschaft, die uns über niedrigen Löhnen, unleistbare Wohnungen, steigende Preise bzw. Steuern und Abgaben, Sozialabbau, Sparen im Gesundheitswesen, stark steigender Arbeitslosigkeit usw. immer mehr ausplündert. Davon abzulenken, dienen Sündenböcke, nun auch die Flüchtlinge! Diese Wirtschaft nützt nur den Reichen und um der Profite willen nehmen sie auch Krieg in Kauf!

Während die Profitwirtschaft absoluten Vorrang hat (z.B. Hypo: 25 Milliarden Euro aus unseren Steuern für die Banken, Anteilhaber, Aktienbesitzer), sollen wir den Gürtel noch enger schnallen, mehr und länger bei Lohnkürzung zu arbeiten, die Krisenfolgen werden auf dem Rücken der Bevölkerung ausge-tragen. Die Profitwirtschaft hat auch bei uns für immer mehr Menschen keine Perspektiven zu bieten.

Jugend ohne Perspektive

Die Arbeitslosigkeit steigt in ganz Europa weiter an, v.a. auch die Jugendarbeitslosigkeit z.B. in Spanien 48%, Portugal 30%, Griechenland 51%, Italien 40%, auch Österreich hat schon eine reale Jugendarbeitslosigkeit von an die 20%. Die Menschen in ganzen Regionen, ja der ganzen Süden Europas, werden zu Flüchtlingen in der EU selbst. Zu den Kriegs-flüchtlingen aus Nahost und Afrika kommen die Millionen von v.a. jungen Binnenflüchtlingen der EU.

Profitwirtschaft und ihre Kriege rauben den Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Das lässt v.a. junge Menschen sich mit den Asyl Suchenden solidarisieren, wie die Demonstrationen in ganz Europa zeigen. Ihre Lage ist ähnlich. Deshalb soll von den Herrschenden genau diese Achse zerstört, die Menschen entsolidari-siert werden. Dazu braucht es Ablenkung, Sündenböcke, Feind-bilder, wie die Kriegsflüchtlinge. Die Flüchtlingsfrage soll davon

ablenken, dass dieses System nur mehr einer Handvoll Superreichen nützt, die große Mehrheit der Menschen auch bei uns zahlt drauf.

Die Demonstration in Wien am 31. 8. mit ca. 25.000 TeilnehmerInnen, hat gezeigt, dass viele Menschen diese Politik nicht mehr gutheißen.

Während die Herrschenden einen Zaun quer durch Europa ziehen wollen und den Menschen bei uns damit sagen, „seid froh, dass ihr hier im ordentlichen Westen – bei den reichen Staaten – seid, euch geht es ja noch so gut, begnügt euch damit und muckt nicht auf, die anderen sollen schauen, wo sie bleiben“. Sie sollen draußen bleiben, außerhalb des Zaunes.

Doch dieses System nützt in der Hauptseite nur mehr einer Hand voll Superreichen, die große Mehrheit der Menschen auch **i n n e r h a l b** Europas, zahlt immer mehr drauf. Die Politik, „gebt den Reichen, nehmt allen anderen“, schafft längst auch in ganz Europa die neue Armut.

Krieg zwischen Arm und Reich geht quer durch Europa

- Die 500 größten Konzerne kontrollieren heute 52% des Welt-Bruttosozialprodukts! (Jean Ziegler)

- 1% der Menschen besitzen soviel wie die 99% übrigen zusammen! (Jean Ziegler)

Und da soll kein Geld da sein für Pensionen, leistbare Wohnungen, Gesundheit, Bildung, für ausreichende Löhne, für die Menschen, die am Existenzminimum leben usw. ?

Überlassen wir nicht den Reichen das Schicksal dieser Welt, sie haben Krise, Unterdrückung und Krieg als Rezept.

Nehmen wir diese, unsere Welt selbst in die Hand!

Kurzer Nachtrag zur Wahl in Oberösterreich

Es geht nicht nur um Herz / Humanismus / Anständigkeit gegenüber Härte / Verstand wie uns im Vorfeld der Wahlen weisgemacht wurde. Es ist auch nicht so, wie jetzt Politiker von Schwarz/Rot/Grün sagen, dass es bei den Wahlen nur um das Flüchtlingsthema ging. Es ging und geht auch und nicht zuletzt um die Themen Arbeitsplätze, Einkommen, Sozialabbau, Pensionsreduktion, um die Sorgen der Menschen um ihre Zukunft. Die Menschen haben zu Recht zunehmend das Vertrauen verloren, dass die Regierung, dass die Herrschenden die Anliegen der arbeitenden Menschen wahrnehmen werden. Ein Teil hat FPÖ gewählt, die Partei, die die Menschen gegeneinander ausspielt, die als „soziale“ „Heimatpartei“ auftritt und erst Recht die Interessen der Herrschenden vertritt, die Partei, die in diesen Krisen- und Kriegszeiten das Profit-Geschäft besorgen soll.

(Quelle: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 4/2015 www.atomgegner.at)

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- ☐ Ich will eine Probenummer testen.
- ☐ Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- ☐ Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

125/15

Einsenden an:

**Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at**

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Aufruf zur Teilname am
TAG DER NEUTRALITÄT
Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Aktionstag
Mo, 26. Oktober 2015 – 10.00 – 16.00 Uhr
Denkmal der Republik

1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
(neben dem Parlament, Richtung Bellaria)



Kommt zum Aktionstag!

Bitte helft aktiv mit! Es ist wichtig, dass ihr uns beim Verbreiten unterstützt! Kontakt: oesolkom@gmx.at

26. Oktober 1955: Österreich erklärt im Parlament seine „immerwährende Neutralität“. Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden, nie wieder an Kriegen teilnehmen zu wollen.

Schon vor und spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs wurde und wird von den Herrschenden die Neutralität Österreichs immer wieder als überlebt bezeichnet. Doch mehr als 90 Prozent der ÖsterreicherInnen sind trotz aller Medienmacher für die Beibehaltung der Neutralität. Deshalb probieren es die Verantwortlichen damit, zwar zu sagen: „Wir sind neutral“, doch in Wirklichkeit machen sie Kriegspropaganda und Kriegspolitik von EU, USA, Deutschland usw. mit. Jetzt wird sogar das durch die Kriegstreiber in Nordafrika und im Nahen Osten erzeugte Flüchtlingsdrama dazu benutzt, noch mehr Kriegseinsätze – auch unter Beteiligung österreichischer „Berufssoldaten“ zu fordern, statt die Neutralität und das Volksbegehrens-NEIN zum Berufsheer (über 60 % dagegen) zu akzeptieren.

Heute, wo die Welt noch mehr als vor 20, 30 Jahren von Krisen und Kriegen gebeutelt ist, ist die Neutralität Österreichs und echte Neutralitätspolitik zur Erhaltung von Frieden und Wohlstand notwendiger denn je!

Ja zur Neutralität – Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Einhaltung strikter Neutralitätspolitik zur Friedenssicherung!

Keine schleichende Einführung einer Berufsarmee!

Kein Geld für Kriegspropaganda im Namen der „EU-Solidarität“!

Solidarität mit den Flüchtlingen ist ein Zeichen für den Frieden und gegen den Krieg !

Kein Geld und keine Truppen aus Österreich im Ausland für EU-, NATO- oder NATO-„Partnerschafts“-Einsätze!

Nie wieder Krieg – Neutralität statt Mitmarschieren!

Ausbau von Sozialstaat und Demokratie statt Krise, Sozialabbau, Unterdrückung und Krieg!

**Solidarität ist unsere Stärke –
Widerstand unsere Chance!**

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck
und Redaktion: Österreichisches
Solidaritätskomitee,
Verein zu Unterstützung der
arbeitenden Menschen,
Stiftgasse 8, 1070 Wien.
ZVR 188951949

**Liebe Kolleginnen
und Kollegen!**

Wir danken für die Zusendungen.
Bestellungen der Broschüre und die
Einzahlungen, die wir im Sinne
unserer gemeinsamen Arbeit auch
weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK

Österreichische Post AG Info.Mail
Entgelt bezahlt

Abs. Österreich. Solidaritätskomitee.
Stiftg. 8, 1070 Wien